

KOMMENTAR

## Volksparteien ade

Eine Nachbetrachtung der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen  
von Rainer Kesting, Vizepräsident des Bundesverbandes der Selbständigen.



Rainer Kesting, Vizepräsident des Bundesverbandes der Selbständigen.

Rund sechs Wochen nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen haben die Parteien – wie sie verlautbaren lassen – das Wahlergebnis analysiert. Wie gehabt feierte bei CDU und SPD das „Schönreden“ gleichermaßen fröhliche Urständ. Worüber in den Parteizentralen aber wohl nicht nachgedacht wurde – zumindest ist nichts hierüber bekannt –, ist die Frage, ob die sogenannten großen Volksparteien diesen Namen überhaupt noch verdienen. Lassen wir also Zahlen sprechen.

Die Wahlbeteiligung betrug nach dem amtlichen Ergebnis der Landeswahlleiterin 59,3 Prozent. Mit anderen Worten: Von den 13.270.933 Wahlberechtigten in NRW wurden bei der Berechnung

der Mandate nur 7.255.325 Stimmen (alle abgegebenen gültigen Stimmen für die Parteien jenseits der fünf Prozent Sperrklausel) herangezogen, was wiederum einem Stimmenanteil von 54,67 Prozent entspricht. Danach konnte die CDU rund 2,68 Millionen Stimmen auf sich vereinigen, was wiederum einem Stimmenanteil von 20,21 Prozent entspricht. Auf die SPD entfielen somit etwa 2,67 Millionen Stimmen, was einen Stimmenanteil – gemessen an der Zahl aller Wahlberechtigten – von 20,16 Prozent ausmacht. Kann man da noch von großen Volksparteien sprechen? Ich meine: Nein!

Die von den Qualitätsmedien hochgelobten Grünen erhalten nach diesem Berechnungsschema nur noch ganze 7,08 Prozent der Stimmen, die FDP 3,94 Prozent und die Linken verbuchen so einen Stimmenanteil von 3,28 Prozent.

### Systematisch vergraute Stammwähler

Die CDU hat im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 2005 in absoluten Zahlen 1.014.770 Stimmen verloren. Ein Ergebnis, das nicht nur der „Arbeiterführer“ Jürgen Rüttgers allein zu verantworten hat, obwohl auch er an der Sozialdemokratisierung der CDU ein gerütteltes Maß Schuld trägt. Vor allem Kanzlerin Angela Merkel hat es in all den Jahren ihrer Amtszeit als Parteivorsitzende verstanden, systematisch die Stammwählerschaft der Union zugunsten der Laufkundschaft – vor allem zugunsten der Randgruppen – zu vergraunen. Ein

großer Teil dieser Stammwählerschaft ist zwar nicht ins andere Lager abgedriftet. Diese Wähler – vorwiegend aus dem wertkonservativen Bereich – haben sich schlicht und ergreifend der „Partei der Nichtwähler“ (inzwischen die stärkste Partei im Land) angeschlossen. Zu den wenigen, die bereits frühzeitig erkannt haben, dass Angela Merkel den Zug in die falsche Richtung lenkt, gehört der Chef der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, der im April 2010, also bereits einen Monat vor der Landtagswahl, in einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ feststellte: „Mit der Einführung von weiteren Mindestlöhnen wie im Pflegebereich oder staatlichen Preisvorschriften auf dem Pharmamarkt wird die Regierung ihre bürgerlichen Wähler bestimmt nicht erreichen.“ Für ihn – so Schlarmann weiter – sei das bürgerliche Lager nur in der Mitte zu gewinnen. Links davon sei für Union und Liberale nichts zu holen. Aber wie so oft im Leben: Der Prophet gilt nichts im eigenen Land. Etwas Positives kann das niederschmetternde Ergebnis für die CDU in Nordrhein-Westfalen dennoch bewirken: Sollte sich das Gerücht bewahrheiten, dass Friedrich Merz Nachfolger von Rüttgers als Landesvorsitzender der CDU wird, dann wäre das ein Segen. Nicht nur für die Christlich Demokratische Union, sondern für die deutsche Politik insgesamt. ■

## INTERVIEW

# Mit „Startklar“ fit für die Ausbildung

Bildungsstaatssekretär **Helge Braun** erläutert in einem Gespräch mit **Sophia Otto** die vielfältigen Programme der Bundesregierung, Jugendlichen eine Berufsorientierung aus einem Guss zu geben.



„Ein Schulabschluss ist wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben.“

Helge Braun

**Der Selbständige:** Herr Braun, viele Ausbildungsbetriebe berichten über Auszubildende, bei denen zwar praktische Fähigkeiten und großes Interesse am Beruf deutlich zu erkennen sind, jedoch aufgrund vielerlei Defizite aus der allgemeinbildenden Schulzeit – insbesondere beim Erlernen und Umsetzen von theoretischen Qualifikationsanforderungen – große Probleme bestehen. Welche Möglichkeiten sehen Sie seitens der Bundesregierung, diesen jungen Menschen zu helfen?

**Braun:** Junge Menschen, die eine Berufsausbildung beginnen, brauchen manchmal – zum Beispiel wegen der Defizite, die sie aus der Schule mitgebracht haben – zusätzliche Förderung in der von ihnen gewählten Ausbildung. Daher müssen Betriebe ermutigt werden, auch weiterhin solche Jugendliche in eine betriebliche

Ausbildung aufzunehmen. Wir können es uns weder aus demografischen noch aus sozialen Gründen leisten, Jugendliche ohne Ausbildungschance zurückzulassen. Aber auch die Betriebe dürfen nicht allein gelassen werden. Aus diesem Grund gewähren die Arbeitsagenturen ausbildungsbegleitende Hilfen (abH). Diese zielen darauf ab, Jugendlichen mit Förderbedarf beim Erlernen vor allem der Fachtheorie und Fachpraxis Unterstützung zu bieten. Dies geschieht durch Stützunterricht zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten sowie durch sozialpädagogische Begleitung. Im Jahr 2009 wurden knapp 70.000 junge Menschen mit ausbildungsbegleitenden Hilfen unterstützt. Der finanzielle Aufwand belief sich dabei auf rund 95 Millionen Euro.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat darüber hinaus Ende 2008 gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden die Initiative „VerA“ zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen und damit auch zur Fachkräftesicherung geschaffen. Kerngedanke des Projekts ist es, Auszubildenden, bei denen sich Probleme in der Ausbildung abzeichnen, – abgestimmt mit den zuständigen Stellen – frühzeitig einen Mentor oder Ausbildungsbegleiter an die Seite zu stellen. Den Auszubildenden wird damit eine konkrete Hilfestellung bei der Problemlösung angeboten, um den erfolgreichen Berufsabschluss zu sichern. Dies schließt eine Unterstützung bei fachtheoretischen Problemen ein.

**Der Selbständige:** Immer mehr Betriebe unterschiedlicher Branchen klagen, dass sie händeringend nach Auszubildenden suchen, jedoch immer weniger geeignete Bewerber finden.

**Braun:** Ein Schulabschluss ist wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben. Der Ausbildungserfolg aller Schüler in Bildungsgängen, die mindestens zu einem Hauptschulabschluss führen, soll sichergestellt werden. Die Bundesregierung und die Länder streben an, die Zahl der Schulabgänger ohne ▶

Für andere ist es eine langweilige Geldanlage. Für Millionen Allianz Kunden der Grund, warum sie ruhig schlafen können.



**Die Allianz Lebensversicherung. Ein zuverlässiger Partner auch in turbulenten Kapitalmarktphasen.**

In Zeiten, in denen im Finanzmarkt kaum noch etwas sicher scheint, gibt es auch gute Nachrichten: Wir zahlen regelmäßig hohe Versicherungsleistungen an unsere Kunden, allein 12,4 Milliarden Euro in 2008. Mit 129 Milliarden Euro verwalteten Kapitalanlagen sind wir der mit Abstand größte Anleger unter den deutschen Versicherern. Und das Geld unserer Kunden investieren wir breit gestreut, größtenteils in sicherheitsorientierte, festverzinsliche Wertpapiere. Andere nennen das langweilig. Für uns ist es eine professionelle sowie sichere Altersvorsorge – und für unsere Kunden der Grund, warum sie auch weiterhin ruhig schlafen können. Mehr bei Ihrer Allianz vor Ort oder unter [www.allianz.com/antworten](http://www.allianz.com/antworten).

**Hoffentlich Allianz.**

**Allianz** 



► Abschluss bis zum Jahr 2015 im Bundesdurchschnitt auf vier Prozent zu senken. Zudem muss jeder, der kann und will, auch nach Verlassen der Schule einen Schulabschluss nachholen können. Um Fortschritte bei der Nachqualifizierung An- und Ungelernter zu erreichen, müssen vorhandene Förderinstrumente von Unternehmen und Beschäftigten stärker genutzt werden. Die Arbeits- und Sozialminister der Länder haben die Wichtigkeit einer modularisierten Nachqualifizierung bis zum erfolgreichen Berufsabschluss erneut betont. Dabei wurde das BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“ positiv herausgestellt. In der Förderinitiative zwei „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ sollen durch ein verbessertes Zusammenwirken der regional tätigen Arbeitsmarktakteure neue Wege zur Nutzung der vorhandenen Förderinstrumente transparenter gestaltet und stärker als bisher zur Nachqualifizierung genutzt werden. Ziel ist hierbei vor allem, durch erfolgreiche Teilnahme an der sogenannten Externenprüfung – einer von einer regulären Ausbildung unabhängigen Prüfung – einen staatlich anerkannten Berufsabschluss zu erlangen.

Berufsorientierung aus einem Guss zu bieten, ist es in Nordrhein-Westfalen gelungen, dieses BMBF-Programm einzubinden in das Bund-Länder-Programm „Startklar! Mit Praxis fit für die Ausbildung“. Eine solche Kooperation schwebt uns mit allen Akteuren der Berufsorientierung vor: Den Ländern, dem regionalen Übergangsmangement auf kommunaler Ebene, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Wirtschaft.

**Der Selbständige: Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung benötigen auch kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zunehmend hoch- beziehungsweise weiterqualifizierte Fachkräfte. Trägt die Bundesregierung dem Rechnung?**

**Braun:** In unserem rohstoffarmen Land sind Bildung und Wissen das entscheidende Kapital, um durch fortlaufende Innovationsprozesse im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Dies gilt auch für KMU, die im besonderen Maße auf Spezialisierung und Innovation angewiesen sind. Berufliche Bildung darf daher nicht in einer Sackgasse enden, sie ist vielmehr Startpunkt für ein lebens-

20 Prozent, angestiegen. 2008 betrug die Zahl der Geförderten rund 140.000, im Jahr 2009 schätzungsweise 154.000 Menschen. Das AFBG wird von Bund (78 Prozent) und Ländern (22 Prozent) gemeinsam finanziert. In den Jahren 2010 bis 2013 stellt allein der Bund rund 281 Millionen Euro zusätzlich für die Verbesserung der Aufstiegsförderung zur Verfügung. Die Bundesmittel betragen somit jetzt insgesamt 782 Millionen Euro.

**Der Selbständige: Gibt es weitere finanzielle Anreize – beispielsweise durch Stipendien?**

**Braun:** Ein weiteres wichtiges Förderinstrument sind die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2008 eingeführten „Aufstiegsstipendien“. Sie sollen finanzieller Anreiz sein für beruflich besonders begabte Menschen, ein Studium aufzunehmen, um sich so zusätzlich weiterbilden zu können. Das Interesse an den Aufstiegsstipendien hat alle Erwartungen deutlich übertroffen. Innerhalb der ersten zwölf Monate waren bereits mehr als 6.000 Bewerbungen eingegangen. Aufgrund der großen Nachfrage wurden bis Ende 2009 rund 1.500 Stipendien vergeben. Das sind 50 Prozent mehr als ursprünglich geplant. Von allen beruflich qualifizierten Studienanfängern ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung erhält damit jeder achte ein Aufstiegsstipendium.

Die Regierung will mit der Förderung der Aufstiegsstipendien zur Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung beitragen. Es ist besonders erfreulich, dass die meisten Länder nun den Hochschulzugang von beruflich qualifizierten Bewerbern spürbar erleichtert haben. Es wird deutlich: Berufliche Ausbildung kann über die Fortbildung gute Berufsperspektiven bieten und zugleich auch den Weg zur Hochschule öffnen.

Erste Auswertungen zum Bedarf an Aufstiegsstipendien zeigen, dass die Zielgruppen erreicht wurden: Nur ein Drittel der Stipendiaten hat ein klassisches Abitur. Ein Drittel der Stipendiaten belegt dabei ein Studium im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). So kann beispielsweise ein Straßenbauer, der mit Hauptschulabschluss und seinem Meistertitel den Zugang an die Fachhochschule bekommt, Bauingenieur im Tiefbau werden. ■

**Mit Helge Braun sprach Sophia Otto**

## „Es ist erfreulich, dass die meisten Länder den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber spürbar erleichtert haben.“

**Helge Braun**

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs gilt es auch im Vorfeld der Berufsausbildung, also schon während der allgemeinbildenden Schulzeit, verstärkt auf die Jugendlichen zuzugehen. Mit dem Berufsorientierungsprogramm des BMBF in speziellen Berufsbildungsstätten sind wir hier bereits auf einem erfolgreichen Weg. Dieses Programm fördert seit April 2008 mit mehr als 21,5 Millionen Euro Maßnahmen für bislang fast 72.000 Jugendliche, die diese Aktionen hervorragend angenommen haben. Die Jugendlichen erkennen beispielsweise beim Schweißen, Sägen oder Malern ihre Fähigkeiten und verhalten sich in einem solchen Umfeld oft viel motivierter als im Schulunterricht. Dies zeigt, wie wichtig es ist, den Schülern außerhalb der Schule Praxiserfahrung zu ermöglichen und ihnen etwas zuzutrauen. Um den Jugendlichen

langes Lernen, sei es im Hinblick auf eine Verbreiterung des Einsatzes am eigenen Arbeitsplatz als auch für die Nutzung von beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Zur Erleichterung der Durchlässigkeit von Bildungsgängen untereinander – zum Beispiel von einer Berufsausbildung in ein Studium – setzt sich die Bundesregierung für eine verstärkte Transparenz der erzielten Abschlüsse beziehungsweise der erworbenen Kompetenzen ein.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – das sogenannte Meister-BAföG – novelliert, um noch mehr Menschen als bisher für Fortbildungen zu gewinnen. Die Resonanz ist positiv. Die Antragszahlen sind im zweiten Halbjahr 2009 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres deutlich, um etwa

**HINTERGRUND**

# Realitäten beim Namen nennen

**Wolfgang Bosbach will auch gewaltbereite Linksextremisten und Islamisten ins Visier nehmen. Dies machte der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses in einem Gespräch mit BDS-Vizepräsident Hans-Peter Murmann deutlich.**

Wolfgang Bosbach gehört zu den klügsten Köpfen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seine offene Art, auch Tabu-Themen auf die Tagesordnung zu setzen und sich nicht dem Diktat der politischen Korrektheit zu beugen, stößt nicht nur beim politischen Gegner auf zum Teil massiven Widerspruch. Auch die Führungsspitze der eigenen Partei, die Probleme mit mangelnder Integrationsbereitschaft und Ausländerkriminalität lieber umnebelt, statt die Realitäten beim Namen zu nennen, hat es seit Beginn der neuen Legislaturperiode nicht sonderlich gut mit dem kantigen Rheinländer gemeint. Wie anders sonst ist es zu erklären, dass der ausgewiesene Innenexperte und langjährige stellvertretende Fraktionsvorsitzende durch die Bundeskanzlerin nicht zum Innenminister berufen, sondern heute „nur“ als Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses seine Pflicht erfüllt.

## „Linksradike Gewalt wurde relativiert“

Bosbach, der über sich selbst sagt, Mitglied im „Verein für offene Aussprache“ zu sein, machte auch in einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Bundesverbands der Selbständigen, Hans-Peter Murmann, aus seinem Herzen keine Mördergrube. So wendet er sich vehement gegen die Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen in Deutschland. Diejenigen, die jetzt noch in Guantanamo inhaftiert seien, gehörten zu den „Schlimmsten der Schlimmen“, sagte Bosbach unverblümt. Außerdem wisse man, dass ein nicht geringer Teil der ehemaligen Gefangenen den bewaffneten Kampf wieder aufgenommen habe. Der CDU-Politiker fordert daher von den USA, das Problem bilateral zu lösen.

Auch bei der Bewertung linksextremer Gewalt nahm Bosbach gegenüber Murmann kein Blatt vor den Mund. Die Opposition versuche alles, damit der Begriff „Links“ nicht kontaminiert werde, so sein Urteil. Deshalb habe man in der Vergangenheit

lieber von Autonomen oder Chaoten statt von Linksextremisten gesprochen und durch diese Wortwahl linksradikale Gewalt relativiert. Daher sei es nur folgerichtig, wenn jetzt die bürgerlich-liberale Koalition neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus auch den gewaltbereiten Islamismus und den Linksextremismus ins Visier nehme, machte der Innenexperte deutlich.

Zu der vielfach beklagten mangelnden Integrationsbereitschaft meinte Bosbach, wer trotz rechtlicher Verpflichtung nicht an Deutschkursen teilnehme und daher ein Handicap habe, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, der könne nicht erwarten, hier dauerhaft auf Kosten des Steuerzahlers leben zu können. Nach seinen Worten kommen rund 30 Prozent der verpflichteten Zuwanderer ihrer Teilnahmepflicht an einem Sprach- und Integrationskurs nicht oder nicht ordnungsgemäß nach. „Da kann der Staat nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“ In diesem Zusammenhang verwies Wolfgang Bosbach auf die mehr als 200 Millionen Euro pro Jahr, die der Bund für Sprach- und Integrationskurse bereitstellt.

## „Die CDU muss wieder wertkonservative Politik machen“

Sorge bereitet dem gebürtigen Bergisch-Gladbacher die Haltung einiger seiner Parteifreunde, „die die konservative Wurzel der Union vernachlässigen“. Diese Stammwähler fühlten sich vielfach in der Union nicht mehr zu Hause (Anm. d. Red.: Nach der Wählerwanderungsstatistik der

NRW-Wahl sind von der Union mehr als 300.000 Wählerinnen und Wähler zu den Nichtwählern abgewandert, darunter dürften nicht wenige konservative Wählerinnen und Wähler sein). Deshalb müsse die CDU anhand ganz konkreter Politikfelder deutlich machen, was wertkonservative Politik im 21. Jahrhundert bedeute, forderte Bosbach und nannte als Beispiel den besseren Schutz des ungeborenen Lebens. Er habe schon Mitte der 90er-Jahre gegen die Reform des Paragraphen 218 gestimmt, weil er



**Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach im Gespräch mit BDS-Vizepräsident Hans-Peter Murmann.**

schon damals der Überzeugung gewesen sei, dass die Erwartungen des Gesetzgebers in der Lebenswirklichkeit nicht erfüllt würden. Allerdings könne er (leider) nicht erkennen, dass der Gesetzgeber seiner Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht nachkomme, wie dies das Bundesverfassungsgericht der Politik auferlegt habe. „Für eine Änderung des geltenden Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches sehe ich im Deutschen Bundestag weit und breit keine Mehrheit, und im Übrigen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch nicht.“ (J.S.) ■

**SERIE: MITTELSTANDSPOLITKER IM BUNDESTAG**

## „Mister Mittelstand“

**Auch in seiner Funktion als Bundeswirtschaftsminister ist Rainer Brüderle der geblieben, der er immer war: Ein Politiker zum Anfassen.**



Die Protagonisten der veröffentlichten Meinung meinen es nicht immer gut mit Rainer Brüderle. Seit seinem Amtsantritt als Bundeswirtschaftsminister arbeitet ein nicht geringer Teil der „vierten Gewalt“ daran, das Weinfestkönig-Image des bodenständigen Rheinland-Pfälzers kräftig aufzupolieren. Aber was ist eigentlich daran so schlimm, wenn Rainer Brüderle – auch als hoher Amtsträger – bodenständig und volksnah geblieben ist? Und ist es nicht besser, einen Minister am Kabinettstisch sitzen zu wissen, für den die Sorgen, Ängste und Nöte der einfachen Bürger kein Buch mit sieben Siegeln sind?

„Rainer Brüderle ist im Gegensatz zu manch anderem Politiker, der höhere Weihen erhalten hat, in seiner neuen Funktion beileibe nicht abgehoben“, weiß auch BDS-/BVMU-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer zu berichten, der zu dem FDP-Spitzenpolitiker seit vielen Jahren ein vertrauensvolles Miteinander pflegt. „Sein sprichwörtlicher Humor und seine Bereitschaft, sich geduldig die Argumente Andersdenkender anzuhören und gegebenenfalls die eigene Position zu korrigieren, sind nach wie vor seine Markenzeichen“, kann Schäfer nach dem Antrittsbesuch des BVMU-Kuratoriums bei Rainer Brüderle berichten.

### **Zwei Seiten derselben Medaille: Mittelständler und Diplomat**

„Ich kenne die Welt hinter der Theke, nicht nur an der Theke“, legte der Wirtschaftsminister bei dem Gedankenaustausch sein geistiges Fundament frei, indem er an seinen Vater erinnerte, der ein kleiner Einzelhändler war, und bei dem Sohn Rainer die Existenzsorgen eines mittelständischen Unternehmers hautnah kennenlernen durfte. Vielleicht ist dies einer der Gründe, warum Rainer Brüderle die Finanzierungsprobleme mittelständischer Unternehmer als sein Thema erkannt und einen Kreditmediator eingesetzt hat, der in Streitfällen zwischen Banken und Kreditnehmern vermitteln soll.

Auch mit seinen Vorschlägen für ein Entflechtungsgesetz zeigt der gebürtige Mainzer sein Herz für den Mittelstand. Nach seinen Plänen soll es dem Bundeskartellamt erlaubt werden, marktbeherrschende Konzerne, die ihre dominierende Marktmacht missbrauchen, zu zerschlagen, indem die Behörde die Möglichkeit erhalten soll, Firmen zum Verkauf von Anteilen zu zwingen. ►

# Apple iPhone 4

Bald erhältlich.



Jetzt vorbestellen unter 0800 330 6009 oder [verbaende@telekom.de](mailto:verbaende@telekom.de)

Erleben, was verbindet.



- Die andere Seite der Medaille, den Diplomaten Brüderle, lernt man kennen, wenn man die erste Auslandsreise des Bundeswirtschaftsministers analysiert. Dabei war „Mister Mittelstand“ nicht nur Türöffner für Großkonzerne, wusste das „Handelsblatt“ zu berichten. Mit im Ministertross dabei waren auch Familienunternehmer. So Walter Müller, ein Süßwarenfabrikant aus Pirmasens, und Regina Menger-Krug, die in Deidesheim Edelsekt keltert. Das kam an und wurde sogar in Amerika aufmerksam registriert.

### Nachhaltige Personalpolitik als Markenzeichen

Bei seinem Antrittsbesuch in Washington erfuhr Rainer Brüderle daher hohe Aufmerksamkeit. Unter anderem nahmen sich US-Finanzminister Timothy Geithner und Barack Obamas Wirtschaftsberater Larry Summers ausreichend Zeit für ihn. Im Gegensatz zu EU-Kommissar Günther Oettinger, der kürzlich mit seinen englischen Sprachkenntnissen für allgemeine Heiterkeit sorgte, konnte Brüderle in den Vereinigten Staaten auf einen Dolmetscher verzichten. Er spricht fließend Englisch. Dass sich für Rainer Brüderle in seiner neuen Funktion die menschlichen Koordinaten nicht verschoben haben, belegt zudem seine Personalpolitik. Ihm gefolgt in das Wirtschaftsministerium sind sein langjähriger Büroleiter Carsten Jäger und der Leiter des Planungstabs Boris Petschulat. Und dass Brüderle den früheren Kartellamtschef Bernhard Heitzer als beamteten Staatssekretär gewinnen konnte, hat sogar die professionellen Beobachter der Berliner Szene überrascht. Vor allem diese Personalentscheidung zeigt, worum es Rainer Brüderle geht: Um die Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft, um Deregulierung und um einen fairen Wettbewerb. (J.S.) ■



**Rainer Brüderle und Joachim Schäfer verbindet seit vielen Jahren ein vertrauensvolles Miteinander.**

### AKTUELLES URTEIL

## Zwangsmitgliedschaft nicht zu beanstanden

**Verwaltungsgericht Trier: Beiträge zur Industrie- und Handelskammer sind weder verfassungs- noch europarechtswidrig.**

Die von der IHK Trier von ihren Mitgliedern erhobenen Beiträge sind weder dem Grunde noch der Höhe nach rechtlich zu beanstanden. Dies hat die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Trier in drei Urteilen vom 20. Januar 2010 entschieden und hat damit die Klagen mehrerer Dauner Firmen gegen entsprechende Beitragsbescheide abgewiesen (Az.: 5 K 371/09.TR u.a.).

**Rückfragen: Dr. Norbert Gieseler, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Erbrecht, Fachanwalt für Steuerrecht**

**c/o Scholz & Weispfenning  
Königstorgraben 3, 90402 Nürnberg  
Tel.: 0911 – 244 370,  
Fax: 0911 – 244 3799  
E-Mail: [kanzlei@scho-wei.de](mailto:kanzlei@scho-wei.de),  
[www.scho-wei.de](http://www.scho-wei.de)**

Die IHK erhebt von ihren Mitgliedern Jahresbeiträge, die sich aus einem Grundbeitrag und einem Umlagenbeitrag zusammensetzen. Letzterer berechnet sich aus dem vom Finanzamt mitgeteilten Gewerbeertrag multipliziert mit einem Hebesatz von 0,39 Prozent, wodurch umsatzstärkere Unternehmen höher belastet werden als umsatzschwächere Betriebe.

Die klagenden Firmen sehen in der Beitragserhebung einen Verstoß gegen Verfassungs- sowie Europarecht. Durch ihre Zwangsmitgliedschaft würden sie gegenüber ausländischen Konkurrenten benachteiligt. Des Weiteren rügten sie die Höhe des Hebesatzes und das Fehlen einer nachvollziehbaren Beitragskalkulation, wobei sie der IHK in diesem Zusammenhang unwirtschaftliches Finanzgebaren außerhalb der gesetzlichen Aufgaben vorwerfen. Insbesondere sei nicht nachvollziehbar, weshalb die IHK Trier den höchsten Umlagehebesatz in Rheinland-Pfalz habe.

Die Richter des VG Trier wiesen die Klagen ab und führten zur Begründung – gestützt auf obergerichtliche Rechtsprechung – zunächst aus, dass die Zwangsmitgliedschaft in der IHK weder verfassungs- noch europarechtswidrig sei. Die Beitragshöhe sei ebenfalls rechtlich nicht zu beanstan-

den. Der IHK stehe im Rahmen der ihr eingeräumten funktionalen Selbstverwaltung ein weiter Freiraum zu, welche konkreten Tätigkeiten sie im Rahmen der ihr gesetzlich zugewiesenen Kompetenzen ausführe. Dafür, dass die IHK die äußersten Grenzen dieses Spielraums überschritten habe, gebe es keine Anhaltspunkte. Ferner bestehe aufgrund dieses Spielraums kein detaillierter Auskunftsanspruch jedes Mitglieds hinsichtlich des Finanzgebarens und damit im gerichtlichen Beitragsverfahren auch kein Anspruch auf Vorlage einer detaillierten Kostenkalkulation.

Die verwaltungsgerichtliche Kontrolle habe sich darauf zu beschränken, ob die äußersten rechtlichen Grenzen überschritten seien. Die Rechtsprechung habe zu respektieren, dass der parlamentarische Gesetzgeber in § 3 IHKG die Industrie- und Handelskammern ermächtigt habe, nach einem von ihnen festzusetzenden Beitragsmaßstab ihre Pflichtmitglieder heranzuziehen. ■

### IMPRESSUM

Mitbegründet von Alfred Uhr †

**Herausgeber:** Bundesverband der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband

**Redaktion:** Sophia Otto  
Reinhardtstraße 35, 10117 Berlin  
0 30/28 04 91-0, Fax –11  
[otto@bds-dgv.de](mailto:otto@bds-dgv.de), [www.bds-dgv.de](http://www.bds-dgv.de)

**ViSdP.:** Dieter Römer, Chefredakteur ProFirma

**Gestaltung:** Hanjo Tews

**Fotos:** BDS, BDS Baden-Württemberg

„Der Selbständige“ ist das Magazin des Bundesverbands der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband (BDS/DGV).

„Der Selbständige“ erscheint monatlich (zehn Ausgaben pro Jahr mit ProFirma). Für BDS/DGV-Mitglieder ist der Bezug von ProFirma im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung der eigenen Beiträge (nicht Gastartikel) mit Quellenangabe „Der Selbständige/BDS“ gestattet. Alle namentlich oder durch Kürzel gekennzeichneten Artikel geben die persönliche Meinung des Autors und nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Artikel aus den Landesverbänden ist der jeweilige Landesverband verantwortlich. Für unverlangt eingesandtes Material keine Haftung. Rücksendung nur, wenn Porto beiliegt.